

Sitzung der Stadtvertretung Fehmarn am 26.09.2019 Sachstandsbericht des Regionalmanagements

Bericht des Regionalmanagements FBQ und FSQ Fehmarn und Großenbrode zum Sachstand der Planungen der festen Fehmarnbeltquerung und Anbindungen

Die DB hat in der Sitzung des Dialogforums am 05.09.19 die Eröffnung des **PFVs Schiene für den PFA 6 (Fehmarn)** mit Ende 2019 bestätigt.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 03.09.19 wurde zu den **Forderungen an den Bundestag, Forderungskatalog der Region, übergesetzlicher Lärmschutz** ausführlich berichtet.

Am 12.09.19 haben Termine in Berlin mit dem Ministerpräsidenten, den Ob Leuten des Verkehrsausschusses und Mitgliedern der Fraktionen stattgefunden.

Der Sprecher des Dialogforums hat folgende Zusammenfassung dieses Termins gegeben (Wiedergabe gekürzt):

„...Am 12. 9. führte eine Delegation des Dialogforums Gespräche mit Bundestagsabgeordneten in Berlin in der Landesvertretung auf Einladung von MP Günther und im Bundestag auf Einladung von PStS Hagedorn und MdB Gädechens. Dabei waren auch einflussreiche Abgeordnete aus Verkehrs- wie Haushaltsausschuss.

Hier in aller Kürze mein erster Eindruck:

Unsere Arbeit in Dialogforum und Projektbeirat wurde durchweg als beispielhaft gelobt. Dies gilt auch für die von uns vorgelegten Papiere und Forderungen, vor allem im Hinblick auf das im Akzeptanzpaket erkennbare Kostenbewusstsein.

...Vereinzelt wurden auch Forderungen an das Land nach höherer Beteiligung laut.

Wie geht es weiter: Fachpolitiker werden den Antrag formulieren, wobei die Klärung der Forderung von Bad Schwartau noch ansteht. Die Zeitschiene wird unterschiedlich eingeschätzt, die Einstellung müsse nicht unbedingt bereits in den Haushalt 2020 erfolgen.

Zusammenfassend: Unsere Arbeit hat sich gelohnt, die Abgeordneten sind nicht nur sensibilisiert sondern auch bereit, sich für Forderungen nach übergesetzlichem Lärmschutz in Ostholstein einzusetzen, wobei noch Klärungsbedarf hinsichtlich der Forderung von Bad Schwartau besteht.

.....“

Die übergesetzliche Forderung der Region nach einer analogen Behandlung einer späteren Befassung durch den Bundestag für die **Teilstrecke FSQ** (mit Anbindungen Schiene und Straße) ist im Forderungspapier, im Flyer und im Antrag an den Bundestag deutlich formuliert. Ein Betrag für diese 3,2 km lange, bisher unbewertete Teilstrecke der Schienenhinterlandanbindung kann nicht genannt werden, da die Variantenplanung der Vorhabenträger immer noch nicht abgeschlossen sei. Die Fraktionen haben den vom Dialogforum vorformulierten Antrag an den BT erhalten.

PFB Ausbau der B 207, Klage der Gemeinde

Ein mündlicher Verhandlungstermin vor dem OVG Schleswig ist noch nicht anberaumt.

Planungen Fehmarnsundquerung

Das **Dialogforum FBQ** hatte sich am 05.09.19 wie folgt mit dem Planungen FSQ befasst:

„Das Dialogforum unterstützt das im Projektbeirat am 21.08.19 vorgetragene weitere Verfahren Planung neue Fehmarnsundquerung zur notwendigen Einbindung der Region. Die Vorhabenträger werden um die Vorlage der erforderlichen zeitnahen Informationen über die Geschäftsstelle des Dialogforums für die Veranstaltungen gebeten. Der DB wird gedankt für die Kostenübernahme der Moderation und Protokollführung der Runden Tische FSQ.“

Info Termin für die kommunalen Vertretungen Fehmarn und Großenbrode am 25.09.19

Ein Termin der Vorhabenträger "Bürgerdialog zur FSQ" findet am 01.10.19 um 19.00 Uhr in der Inselschule statt.

Es soll dort mehrere Thementische zum Einbringen der Öffentlichkeit in das Verfahren geben. Kriterien / Bedenken / Anregungen zu den einzelnen Varianten werden erwartet. In dem Termin am 01.10. oder zeitnah per email an die DB (gerne auch über mich). Zzt sollen 230 Kriterien (6 Kategorien) ins Verfahren eingebracht sein, diese werden pro Variante und im Vergleich gewichtet und bewertet:
z.B. Schutzgüter Mensch und Natur (FFH Bereiche Fehmarnsund) /Lärmbelästigung durch Brückenlösungen / Einschränkung des Landschaftsbildes durch Lärmschutzwände bis zu den Küsten bei Brückenlösungen /Auswirkungen durch Änderung der Strömungsverhältnisse im Sund /Bodenverbrauch bei Tunnellösung;
über allem steht die Beachtung der Ausweisungen des Fehmarnsundes als FFH- und Natura 2000-Schutzgebiet und die Wirtschaftlichkeit der Errichtung der neuen Querung.
Weiterhin in der Kritik sind die getrennte Planung der Abschnitte, d.h. Planung FSQ ohne die Anbindungslösungen für die ausgebaut B 207 und die Schiene. Aus Sicht der Stadt Fehmarn sind noch viele Fragen offen.

Ende Oktober 2019 sollen die „Favoriten der Planungspakete“ ermittelt sein, es erfolgt dann eine Information für die Kommunen und für die Öffentlichkeit sowie die Bildung eines RTs FSQ zur Einbindung der Region über das Dialogforum FBQ. Die Variantenlösung soll nach Mitteilung der DB bis Ende 2019 vorliegen

Aus unserer Sicht ist diese Zeit sehr, sehr knapp bemessen / wir befürchten, dass eine Beteiligung der Region (die diesen Namen verdient) schon zeitlich kaum möglich sein wird. Informationen auch auf der Internetseite der DB unter www.db-fbq.de.

Normkontrollverfahren gegen das Gesetz zur Erweiterung der Zuständigkeit der Stadt Fehmarn

Das erweiterte Gutachten zur Erledigung der Aufgabe des Brandschutzes liegt vor. In einem Termin am 27.09.19 wird dieses mit den Fraktionsvorsitzenden, der Stadtverwaltung, Kreis, Innenministerium und dem Gutachter besprochen.

Aus Sicht der Stadt sind noch zahlreiche Fragen zur Leistung der dauerhaften Aufgabe des Brandschutzes im Tunnel durch die Stadt Fehmarn offen. Das sind z.B. die Höhe der Kosten und die Finanzierung der Investitionen (Grundstücke, Gebäude, Fahrzeuge, Geräte.. einschl. Ersatzanschaffungen) für die Einrichtung einer hauptamtlichen FW und die künftigen Anforderungen an die ehrenamtlichen Ortswehren der Stadt sowie die verwaltungsbedingten Mehrarbeiten der Verwaltung. Mit Schreiben vom 12.09.19 hat die Stadt eine Absichtserklärung des Innenministers über die Verhandlung und den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (geplant Januar 2020) bekommen.

Aus zeitlichen und verfahrenstechnischen Gründen kommt die Stadt nicht umhin, das in der Sitzung der Stadtvertretung am 21.05.2019 beschlossene Normkontrollverfahren gegen das Erweiterungsgesetz zu erheben. Dieses wird im Oktober 2019 erfolgen.

In der Sitzung des Dialogforums am 05.09.19 wurde das Ergebnis der beauftragten **Potentialanalyse ÖPNV Nordkreis (HPs Fehmarn, Großenbrode, Oldenburg, Lensahn)** vorgetragen. Unter der Voraussetzung einer Zusammenarbeit und Abstimmung von Zügen und Bussen (in das benachbarte Umland) werde die Nachfrage nach dem ÖPNV steigen. Für die Nordkommunen werden 800-1.400 Fahrgäste tgl. erwartet. Hiermit könne der künftige stündliche Takt begründet werden (von Fehmarn in Richtung DK 2 stdl.).Eine tatsächliche Umsetzung dieser Verbesserung sei jedoch nicht sicher, da die Finanzierung gewährleistet sein müsse.

Landrat Sager sagte die weitere Unterstützung des Kreises zu, auch bei einer erforderlichen Verbesserung der Busanbindungen. Es müsse sicher auch über den Einsatz von selbstfahrenden Elektrofahrzeugen nachgedacht werden.

Eine Realisierung wird frühestens nach Beendigung des Schienenneubaus ab Neustadt Richtung Norden erfolgen. Den Fraktionen liegt die Kurzfassung der Analyse vor.

Dieses Ergebnis kommt auch der in der Sitzung am 18.12.18 beschlossenen Forderung der Stadtvertretung Fehmarn nach:

„... Die Forderung an das Land SH, dass der SPNV für die Insel Fehmarn neu strukturiert und verbessert wird, um die Fahrplanverschlechterungen durch die gegenwärtige Planung der FBQ zu kompensieren:

- Stundentakt bei Schienenpersonennahverkehrsverbindungen von Lübeck nach Fehmarn; Weiterfahrt im Takt nach Dänemark
- Durchbindung der Züge von Hamburg bis Fehmarn im Zweistundentakt durch schnelle Regionalexpresszüge
- Fahrplanvertaktung vom nächstgelegenen ICE-Halt auf deutscher Seite
- keine Fahrplanausdünnung in den Randzeiten (ggf. noch Ausbau für Berufspendler).“

Die **Korrosionsschutzarbeiten an den Tragseilen der FSB** haben begonnen und sind wahrscheinlich aus Witterungsgründen erst einmal wieder unterbrochen worden.

Die **Baugrunduntersuchungen im Fehmarnbelt** haben sich aus Witterungsgründen verzögert, diese laufen vstl. Bis Ende November 2019 in den deutschen Hoheitsgewässern.